Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Amtsblatt

Telegramm-Adresse: „Tageblatt", Riesa. Fernsprechstelle Nr. 20.

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

№ 163. Montag, 17. Juli 1905, abends. 58. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in der Expedition zu Riesa 1 Mark 50 Pfg., durch unsere Träger frei ins Haus 1 Mark 65 Pfg., bei Abholung am Schalter der kaiserl. Postanstalten 1 Mark 65 Pfg, durch den Briefträger frei ins Haus 2 Mark 7 Pfg. Auch Monatsabonnements werden angenommen. Anzeigen-Annahme für die Nummer des Ausgabetages bis Vormittags 9 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Langer & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Goethe-Straße 59. — Für die Redaction verantwortlich: Hermann Schmidt in Riesa.

Die auf den 2. Termin dieses Jahres noch rückständigen **Gemeindeanlagen** sind bis längstens

den 24. laufenden Monats

an unsere Steuerkasse zu entrichten.

Der Rat der Stadt Riesa, am 15. Juli 1905.

Bürgermeister Dr. Dehne. R.

Freibank Gröba.

Dienstag, den 18. d. M., früh 7 Uhr wird **Rindfleisch,** 1/2 kg 30 Pfg., verkauft.

Gröba, den 17. Juli 1905. **Der Gemeindevorstand.**

Oertliches und Sächsisches.

Riesa, 17. Juli 1905.

— Herr Pfarrer Friedrich ist von heute bis 12. August beurlaubt und wird während dieser Zeit in der Verwaltung des Pfarramts von Herrn Pastor Burkhardt vertreten.

— Die gestern nachmittag im Schützenhause abgehaltene Generalversammlung der Ortskrankenkasse Riesa war nur von 5 Arbeitgebern und 48 Arbeitnehmern besucht. Der erste Punkt der Tagesordnung betraf die Vorlegung der Jahresrechnung für 1904. Sie weist nach an Einnahmen 74975,78 M., an Ausgaben 70754,17 M., mithin einen Ueberschuß von 4221,61 M. Der Vorsitzende, der die Rechnung vortrug, bemerkte, der günstige Abschluß sei nur darauf zurückzuführen, daß ca. 4500 M. als Vermögen von aufgelösten Betriebskrankenkassen, die sich der Ortskrankenkasse angliederten, vereinnahmt worden sind. Die wesentlichen Ausgaben sind in abgerundeten Summen 13572 M. Arztaufwand, 6222 M. Arzneikosten, 32788 M. Krankengelder, 3142 M. Wochengelder, 2120 M. Sterbegelder, 4610 M. Krankenhauskosten und 7816 M. Verwaltungskosten. Krankheitsfälle waren 4113 zu verzeichnen. Das Gesamtvermögen der Kasse belief sich am 31. Dezember 1904 auf 86085,21 M. einschließlich des Reservefonds von 70000 M. Die Jahresrechnung, die von einem mit dem Rechnungswesen vertrauten Beamten geprüft und drei Kassenmitgliedern zur Einsichtnahme vorgelegen hat, wurde richtig gesprochen. Zum zweiten Beratungspunkte, Statutänderung betr., wurden folgende Ergänzungen beschlossen: § 1, Gruppierung der hinzugekommenen Betriebe; § 21, Erweiterung der Unterstützung an Familienangehörige; § 40, Wahlen zum Kassenvorstande betr. Hier sind zukünftig neben den ausscheidenden Vorstandsmitgliedern auch Ersatzmänner zu wählen. § 43 wurde dahin abgeändert, daß der Vorsitzende für seine Mühewaltung eine jährliche Vergütung von 500 M. (bisher 350) und der Schriftführer eine solche von 75 M. (bisher 50) erhalten. Auch der bei der letzten Vertreterwahl der Arbeitgeber zur Aufhebung des erstmalig anberaumten Wahltermins Anlaß gebende § 51 erfuhr Abänderung dahin, daß Arbeitgeber, die 1—5 Kassenmitglieder beschäftigen, 1 Stimme bei der Wahl führen; auf 6—50 beschäftigte Mitglieder fallen 2 Stimmen und so fort auf jede volle oder angefangene 50 eine weitere Stimme. Bisher führte der Arbeitgeber auf jedes Kassenmitglied, für welches er Beiträge leistete, eine Stimme. Zur Kenntnisnahme bez. Beschlußfassung gelangten noch der Dienstvertrag mit einem angestellten Kassenexpedienten und der zu Ungunsten der Kasse mit dem Kassierer wegen Gewährung von 100 M. für Anfertigung der Statistik entschiedene Rechtsstreit, der mit dem gerichtlichen Bescheid als erledigt angesehen wurde. Ein Antrag, die Generalversammlung im Sommer an einem Wochenabende abzuhalten, fand Annahme. Dadurch hofft man einen besseren Besuch zu erzielen. Nachdem noch einige weitere geschäftliche Angelegenheiten besprochen und erledigt worden waren, erfolgte Schluß der Sitzung kurz nach 6 Uhr.

— Vermißt wird seit heute vormittag Herr Kürschnermeister Hugo Hentschel, der mutmaßlich beim Baden in der Elbe, vielleicht infolge Herzschlags — näheres muß der Feststellung vorbehalten bleiben — verunglückt bez. ertrunken ist. Der Leichnam wurde noch nicht gefunden.

— Der Roggenschnitt ist im Laufe der vergangenen Woche in unserer Gegend allenthalben aufgenommen worden, doch hat infolge der fast täglich eingetretenen, wenn auch nicht lang anhaltenden, so doch bisweilen recht intensiven Niederschläge bis jetzt noch wenig in den Scheunen geborgen werden können. Es wäre deshalb nunmehr eine kurze Reihe regenfreier Tage jedenfalls den Landwirten sehr erwünscht, um den reichen Erntesegen gut einzubringen. Bis auf den Hafer, der zum großen Teil recht mangelhaft aussteht, versprechen die Halmfrüchte an Körnern und Stroh sehr guten Ertrag.

— Der Zwist zwischen der sächsischen Reformpartei und ihrem bisherigen Organ, der „Deutschen Wacht" in Dresden, hat zum Abbruch aller Beziehungen zwischen Organ und Partei geführt.

— Die nächste Feldpost nach Abgang der außerordentlichen vom 17. Juli geht wieder am 21. Juli von Berlin ab. Sie benutzt den am folgenden Tage von Southampton in See gehenden englischen Dampfer nach Kapstadt. Die Feldpost ist dort am 8. August. Wann sie Gelegenheit zur Weiterbeförderung nach Swakopmund finden wird, steht noch nicht fest. Mit dieser Feldpost werden nur Feldpostbriefe, Feldpostkarten und Anweisungen befördert. Sollen sie portofrei durch das Marinepostbureau in Berlin gehen, so müssen sie spätestens am 20. zur Post gegeben werden. Gelegenheit zur Beförderung von Feldpostpaketen findet sich erst wieder am Ende des Monats. Bei allen Gattungen von Sendungen ist zu bedenken, daß die Beförderungsverhältnisse im Schutzgebiet noch immer sehr schwierige sind, so daß zu der Ueberfahrt von Hafen zu Hafen noch zwei oder drei Wochen für die Beförderung an Land zu rechnen sind.

** Merzdorf, 17. Juli. Am gestrigen Sonntag sprach Herr Gartenbauinspektor Braunbart-Großenhain in einer im Gasthofe stattgefundenen Versammlung des Obst- und Gartenbauvereins für Merzdorf, Pochra und Umgegend über „Zeitgemäßes aus dem Gebiete des Obstbaues". Der Herr Vortragende sprach in instruktiver Weise über das Pflanzen, das Umveredeln, die Baumpflege, die Kronenpflege, Düngung und Ernte usw. Sodann kam der Vortragende auf die Schädlinge und auf die Mittel zu deren Vertilgung zu sprechen. Den Blatt-, Schild- und Blutläusen, ebenso den Apfelwicklern müsse energisch zu Leibe gegangen werden. Abkochungen von Quassiaholz, Kupfervitriollösungen und Fanggürtel seien die wirksamsten Mittel zur Vertreibung dieser Baum- und Fruchtschädlinge. Dem beifällig aufgenommenen Vortrage folgten Beantwortungen von allgemein interessierenden Fragen, die aus der Mitte der Versammlung gestellt wurden.

Döbeln. Der Vorstand des Wettinschützenbundes im Königreich Sachsen hielt am 11. d. M. eine Sitzung ab. Beschlossen wurde die Erteilung von Anerkennungsurkunden an die um ihre Gesellschaften besonders verdienten bezw. wegen der Erreichung der 50jährigen Mitgliedschaft zu ehrenden Herren Drechsel-Pirna, Schulze-Neusalza, Böhme-Wittgensdorf und Schellenberger-Wolkenstein. Es wurde Kenntnis genommen, daß Herr Oberbürgermeister Oertel-Zittau die ihm angetragene Ehrenmitgliedschaft des Bundes angenommen hat. In den Wettinschützenbund fanden vier Gesellschaften Aufnahme: Saxonia zu Weinböhla, Wehlen a. d. Elbe, Lunzenau und Jägergesellschaft Geringswalde. Für das Denkmal Sr. Maj. König Georgs bewilligte der Bund einen erheblichen Beitrag, lehnte dagegen ab, Anteilscheine einer Schützengesellschaft, die sich einen neuen Schießstand gebaut hat, aus der Bundeskasse zu übernehmen, weil solches grundsätzlich statutarische Bedenken habe. Die Prüfung der Abrechnung über das 6. Wettinbundesschießen zu Chemnitz ist noch nicht erledigt. Der gleichzeitig tagende Ausschuß der Wettinjubiläums-Stiftung der Schützenvereine Sachsens bewilligte, indem auch er die Uebernahme von Anteilscheinen der erwähnten Schützengesellschaft auf die Stiftungskasse ablehnte, dieser Gesellschaft aber eine einmalige Beihilfe, sowie an 5 in Not geratene Schützen in verschiedenen Gesellschaften Unterstützungen.

§§ Dresden, 16. Juli. Der bekannte Radfahrer Louis Darragon aus Paris fuhr heute auf der hiesigen Radrennbahn, um den Rekord der deutschen Wettfahrer zu brechen. Nachdem er den 52. Kilometer zurückgelegt, den deutschen Weltrekord bedeutend gedrückt und die letzte Runde mit 16 : 3 durchfahren hatte, brach ein Pedal seines Rades, der Pneumatikreifen platzte und Darragon stürzte. Das Rad fiel auf ihn, und er brach den rechten Vorderarm, den er bereits vor 2 Jahren in Paris einmal gebrochen hatte. Er wollte trotzdem weiter fahren, es gelang aber seinem Dolmetscher, ihn zur Einstellung der Fahrt zu überreden. Die Sanitätswache legte ihm den ersten Verband an.

§§ Dresden, 15. Juli. Vor der 2. Strafkammer des hiesigen Landgerichts fand heute eine interessante Verhandlung in Sachen des Vorsitzenden des Dresdner Spar- und Bauvereins, Landgerichtsdirektors Dr. Becker, gegen den Allgemeinen Dresdner Hausbesitzerverein und dessen Organ, die Dresdner Bürgerzeitung, statt. Der Verhandlung liegt folgende interessante Vorgeschichte zu grunde. Landgerichtsdirektor Dr. Becker hatte als Vorsitzender des Dresdner Spar- und Bauvereins auf der Königsbrückerstraße in Dresden-Neustadt ein größeres Areal erworben, in der Absicht, dasselbe zu bebauen. Die Bestrebungen Dr. Beckers sind bekannt. Sie zielen darauf hin, auch dem sog. kleinen Manne, den Beamten, Handwerkern und Gewerbetreibenden zu einem billigen Mietzinse eine gesunde, anständige Wohnung zu verschaffen. Die Dr. Beckerschen Bestrebungen werden vom Allgemeinen Hausbesitzerverein, an dessen Spitze Baumeister Hartwig steht, mit aller Energie bekämpft und in einer vom Hausbesitzerverein am 1. Februar d. J. in der Reichskrone abgehaltenen Protestversammlung wurde beschlossen, bei allen in Betracht kommenden Behörden, dem Ministerium, dem Rat, den Stadtverordneten, der Baupolizei usw. gegen die vom Landgerichtsdirektor Dr. Becker geplante geschlossene Bauweise zu protestieren. In einer Resolution wurde ferner noch zum Ausdruck gebracht, daß die Spareinleger voraussichtlich auf Verzinsung verzichten müßten, wenn nicht außerordentliche Schenkungen gemacht würden. Landgerichtsdirektor Dr. Becker übersandte hierauf der Dresdner Bürgerzeitung, welche über die Protestversammlung berichtet hatte, eine Berichtigung, die jedoch nach Ansicht des verantwortlichen Redakteurs Sprenger sich nicht auf tatsächliche Angaben beschränkte, sondern auch auf eine Sache zurückgriff, die bereits lange vorher ihre Erledigung gefunden hatte. Redakteur Sprenger brachte die Berichtigung unter Weglassung des fraglichen Passus, worauf Landgerichtsdirektor Dr. Becker Strafantrag stellte. Das Schöffengericht verurteilte den Redakteur wegen Vergehens nach § 11 des Preßgesetzes zu 30 Mk. Geldstrafe. Gegen dieses Urteil legte sowohl der Angeklagte als auch die Staatsanwaltschaft Berufung ein. Die letztere sah das Urteil als zu milde an und stellte sich auf den Standpunkt, daß die Berichtigung in vollem Umfange aufgenommen werden müsse. Der Angeklagte beantragte indessen Freisprechung. Das Gericht stellte sich aber auf den Standpunkt des Angeklagten und sprach den letzteren kostenlos frei. Hierbei wurde ausgeführt, daß ein Redakteur eine Berichtigung in vollem Umfange zu veröffentlichen habe. Da aber Landgerichtsdirektor Dr. Beckers Berichtigung den Rahmen einer tatsächlichen Berichtigung überschritten habe, indem er auf abgetane Sache zurückkam, sei der Angeklagte berechtigt gewesen, die Aufnahme der Berichtigung zu verweigern. Diese Entscheidung wird jedenfalls berechtigtes Aufsehen erregen, da der Gerichtshof bezüglich des Berichtigungszwanges sich jetzt auf einen wesentlich anderen Standpunkt stellt.

Hainsberg. Die Schmalspurbahn Hainsberg—Kipsdorf ist in einer vom Dippoldiswaldaer Eisenbahnkomitee dem Finanzministerium übergebenen Petition als unzureichend bezeichnet worden. Man fordert bekanntlich Normalspur, ein Verlangen, das dem Finanzministerium zu eingehenden Ermittelungen Anlaß gegeben hat. Diese Ermittelungen erstreckten sich nach dem „Anzeiger für Tharandt" namentlich auf die durch den gewünschten Umbau entstehenden Kosten, sowie auf die Betriebsergebnisse unter den jetzigen und unter den nach Einführung der Normalspur zu erwartenden künftigen Verkehrsverhältnissen. Das Ergebnis lautet dahin, daß für den Umbau ein Kostenaufwand von mehr als 6 Millionen Mark erforderlich wäre. Besondere Schwierigkeiten müsse man zwischen Cossmannsdorf und Dippoldiswalde überwinden. Das Anlagekapital der in Vollspur umgebauten Bahn würde aber bei dieser ungewöhnlichen Höhe der Baukosten so hoch werden,

SLUB Wir führen Wissen.